

Antrag

der Fraktion der AfD

Eintreten für Rückabwicklung des Verbrenner-Aus

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,

- I. zu berichten,
 1. wie sie zum Verbot des Verbrennungsmotors in der EU ab dem Jahr 2035 steht;
 2. inwieweit sie an ihren Einschätzungen zur Antriebswende in Drucksache 17/4059 unverändert festhält bzw. was sie nun anders bewerten würde;
 3. ob sie eine voranschreitende Deindustrialisierung des Landes sieht, nachdem durch die in der EU propagierte Umstellung auf den E-Antrieb („Antriebswende“) in der Automobilbranche wegfallende Arbeitsplätze nicht im Land in Form neuer (anderer) Jobs kompensiert, sondern vielmehr ins (billiger produzierende) Ausland verlagert werden, sodass im Land keine oder jedenfalls nicht gleichwertige Arbeitsplätze verbleiben;
 4. welche Position zum Verbrenner-Aus sie wann im Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR) vertreten hat;
- II. sich auf Bundes- und auf EU-Ebene nachdrücklich dafür einzusetzen, das ab dem Jahr 2035 geltende Verbot des Verbrennungsmotors rückgängig zu machen.

14.10.2025

Baron, Klaufuß und Fraktion

Begründung

Das in der Verordnung (EU) 2023/851 beschlossene Aus für Neufahrzeuge mit Verbrennungsmotor (kurz: Verbrenner-Verbot, Verbrenner-Aus) ab dem Jahr 2035 stellt vor allem infolge des abrupten Strukturbruchs eine massive Bedrohung sowohl für den motorisierten Individualverkehr (MIV) als auch für den Automobil- und Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg dar. Es missachtet Technologieoffenheit (Technologie-neutralität) und unternehmerische Innovationsfreiheit. Zudem verkennt die einseitige Fokussierung auf Elektromobilität die Potenziale alternativer klimaneutraler Technologien (insbesondere synthetischer Kraftstoffe und Biokraftstoffe), deren Markthochlauf künstlich gehemmt wird.

Baden-Württemberg als Zentrum der Automobilindustrie (das „Autoland Baden-Württemberg“) mit rund einer halben Million Arbeitsplätzen entlang der gesamten Wertschöpfungskette ist vom Verbrenner-Aus besonders betroffen.

Zudem ist die Elektromobilität keineswegs so klimaneutral, wie vielfach suggeriert wird. Die sehr energieintensive Herstellung von Batterien und der Bedarf an seltenen Rohstoffen (Lithium, Kobalt, Seltene Erden)

hierfür bis hin zu fragwürdigen Produktionsbedingungen in den Herkunftsländern werfen erhebliche ökologische und ethische Bedenken auf. Vor allem aber hat die Abkehr vom Verbrennungsmotor nicht einmal ansatzweise Einfluss auf das globale Klima, sodass die Kausalität des Verbrenners für den Klimawandel fehlt.

Die AfD-Fraktion setzt sich daher für einen (wieder) realitätsnahen, technologieoffenen und sozialverträglichen Ansatz in der Verkehrspolitik ein. Ein pauschales Verbot des Verbrennungsmotors ist rein ideologiegetrieben und in seiner Wirkung kontraproduktiv. Dies haben in den letzten Wochen und Monaten, aufgeschreckt von den unzähligen Hiobsbotschaften aus der Wirtschaft im Land, nach und nach auch diejenigen erkannt, die den Verbrenner zuvor unentwegt geradezu verteufelt und so das Verbrenner-Aus auf europäischer Ebene bereitwillig mitgetragen haben.